Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7210**

18. Wahlperiode 08.01.2016

Fragen

für die Fragestunde der 148. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 13. Januar 2016

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung, dass der Chef der nigerianischen Terrormiliz Boko Haram, Abubakar Shekau, dem „Islamischen Staat" (IS) die Treue von Boko Haram zugesichert hat (www.bbc.com/news/world-africa-31784538), so dass der Vorstoß der Terrormiliz IS in Libyen auch nach Süden insofern besonders gefährlich ist, weil hier ein Schulterschluss mit der Terrorgruppe Boko Haram droht, was die Sicherheitslage in den Nachbarländern Niger und Tschad erheblich verändert (www.nzz.ch/international/zwischen-is-und-boko-haram-droht-ein-schulterschluss-1.18672875), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus für den Einsatz der Bundeswehr in Mali?

2. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Sieht die Bundesregierung in der palästinensischen Terrororganisation Hamas, die als Teil der Muslimbruderschaft Kriegspartei in Syrien gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad ist, einen gemäßigten bzw. moderaten Bündnispartner vor dem Hintergrund, dass die Hamas beispielsweise mit dem „Islamischen Staat" in Ägypten zusammenarbeitet (www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/hamas-and-the-islamic-state-growing-cooperation-in-the-sinai), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus, dass es nicht zuletzt infolge der Unterstützung von Hamas auf der einen und des IS auf der anderen Seite durch die Türkei, Saudi-Arabien und Katar den Terror in dieser Größenordnung gibt, für politische, militärische und finanzielle Unterstützung durch Deutschland (www.heise.de/tp/artikel/46/46600/1.html)?

3. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung die Annullierung der Regionalwahlergebnisse und die daraus resultierende andauernde politische Krise in der tansanischen Region Sansibar ein?

4. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Mit welchen konkreten Konsequenzen gegenüber Saudi-Arabien hat die Bundesregierung auf die Hinrichtung von 47 Menschen in Saudi-Arabien reagiert?

5. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation im Südosten der Türkei, der sich zu einem immer größeren Krisengebiet entwickelt, bzw. welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus bezüglich der Rüstungsexporte und der militärischen Zusammenarbeit mit der Türkei (www.welt.de/politik/ausland/article150590886/Schuesse-und-Traenengas-sind-hier-Alltag.html)?

6. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Wie viele Visa bzw. Aufenthaltserlaubnisse zur Beschäftigung für Staatsangehörige der Westbalkanländer (vgl. § 26 Absatz 2 der Beschäftigungsverordnung) wurden bislang erteilt (bitte auch nach Visastellen und Staatsangehörigkeiten differenziert darstellen), und mit welchen Zahlen rechnet die Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund der ersten Erfahrungen mit der Neuregelung für das Jahr 2016 bzw. für die Gesamtgeltungsdauer der Regelung bis 2020?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

7. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Welche Vertragsverletzungsverfahren oder Pilotverfahren sind derzeit im Bereich der Innenpolitik (inklusive Asyl, Migration, Grenzkontrollen, Visaerteilung, EWG-Türkei-Assoziationsrecht usw.) gegen Deutschland anhängig (bitte auflisten: genauer Inhalt, Rechtsgrundlagen, Datum der Einleitung, den Stand des jeweiligen Verfahrens usw.), und wie ist jeweils die Position der Bundesregierung hierzu (wie begründet sie monierte Praktiken, Vorschriften oder Umsetzungsmängel gegebenenfalls)?

8. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie wird sich die Beendigung der Praxis, Asylanträge von Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak und Eritrea im schriftlichen Verfahren zu bearbeiten, und die damit einhergehende Rückkehr zur persönlichen Anhörung jedes Asylbewerbers aus diesen Staaten auf die durchschnittliche Dauer der Asylverfahren insgesamt bzw. der Asylverfahren dieser Flüchtlinge auswirken, und welche gesetzgeberischen, haushaltspolitischen und sonstigen Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Mehrbelastung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, der Verwaltungsgerichte und anderer mit der Flüchtlingsaufnahme befasster Stellen abzuwenden bzw. abzumildern?

9. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Werden Dublin-Rückführungen nach Griechenland in Anwendung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, des Gerichtshofs der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte weiterhin in jedem Fall ausgesetzt, und inwiefern ist es aus Sicht der Bundesregierung menschenrechtlich verantwortbar, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei sogenannten Dublin-Fällen aus Ungarn und Bulgarien nicht generell von seinem Selbsteintrittsrecht (Artikel 17 der Dublin-III-Verordnung) Gebrauch macht, auch in Hinblick darauf, dass die Verwaltungsgerichte in solchen Fällen nicht selten einstweiligen Rechtsschutz gewähren (so z. B. Verwaltungsgericht – VG – Aachen vom 5. November 2015, VG Bayreuth vom 12. Oktober 2015, VG Potsdam vom 20. Juli 2015, 3. Juli 2015, 28. Oktober 2014, VG Berlin vom 17. März 2015, 18. Dezember 2014, VG Meiningen vom 5. Januar 2015, VG München vom 9. Juli 2014), sodass die Asylverfahren erheblich verzögert werden?

10. Abgeordnete **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Warum nutzt die Bundesregierung den Entwurf für das Datenaustauschverbesserungsgesetz nicht auch dazu, die zuständigen Behörden behinderungsspezifische Bedarfe von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, etwa bei der Unterbringung oder der medizinischen und therapeutischen Versorgung (z. B. Hilfsmittel wie Rollstühle usw.), bereits beim ersten Kontakt erfragen zu lassen?

11. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie positioniert sich die Bundesregierung bezüglich Überlegungen der dänischen Regierung, auch deutsche Transportunternehmen bei Personenkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze in die Pflicht zu nehmen und Ausweise sowie Visapapiere von Reisenden auf dem Weg nach Dänemark kontrollieren zu lassen, und was hat die Bundesregierung konkret auf ein diesbezügliches Schreiben des dänischen Verkehrsministers vom 18. Dezember 2015 geantwortet?

12. Abgeordnete **Irene Mihalic** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Aufgrund welcher Veranlassung ist der vom 7. Januar 2016 bei „SPIEGEL ONLINE“ (www.spiegel.de/panorama/justiz/koeln-das-steht-im-internen-polizeibericht-zur-silvester-nacht-a-1070837.html) zusammengefasste Bericht eines Bundespolizisten zu den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht verfasst worden, und wie bewertet die Bundesregierung die Klage des Schreibers über zu wenig Personal und Schwächen bei der Ausrüstung bei der Bundespolizei?

13. Abgeordnete **Katharina Dröge** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Personalkapazitäten der Bundespolizei in der Silvesternacht in Köln vor dem Hintergrund, dass laut Aussage von „SPIEGEL ONLINE“ („Interner Polizeibericht zu Kölner Silvesternacht: ‚Es waren einfach zu viele zur gleichen Zeit‘“, erschienen am 7. Januar 2016) Maßnahmen wie die Ingewahrsamnahme „aufgrund fehlender Kapazitäten nicht möglich“ gewesen seien?

14. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)

Wann genau und aus welchem Anlass wurden die rechtsextremistische Gruppierung „Sturm 18 e. V.“ und besonders gewaltbereite Personen dieses Vereins im Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/-terrorismus (GAR)/ Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) behandelt (bitte genau nach Datum und Anlass auflisten), dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass dem Umfeld dieses rechtsextremen Vereins „fast 300 Straftaten“ (www.Tagesspiegel.de/politik/nach-razzien-im-august-hessen-verbietet-rechtsextremistischen-verein-sturm-18/12513592.html, 26. November

2015, 9.58 Uhr) zur Last gelegt und bei Hausdurchsuchungen Waffen sichergestellt worden waren?

15. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)

Welche genauen Informationen wurden in diesem Zusammenhang ausgetauscht (bitte einzeln nach Datum und Anlass des Informationsaustausches im GETZ darlegen), und welche Schlussfolgerungen und Maßnahmen wurden daraus jeweils gezogen (bitte ebenfalls nach Datum und Anlass des Informationsaustausches auflisten)?

16. Abgeordneter **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.)

Warum ist es dem Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, anscheinend nicht bekannt, dass in der Bundesrepublik Deutschland im Leistungssport die Methode des Höhentrainings in Höhen- bzw. Unterdruckkammern angewendet wird (siehe u. a. „Sporthochschule Köln ermöglicht Höhentraining auch im Flachland“, Kölner Stadtanzeiger vom 23. Juli 2003), wenn er bei einem Besuch des Bundesleistungszentrums in Kienbaum am 13. Juli 2015 und der dortigen Besichtigung der inzwischen musealen Unterdruckkammer aus Zeiten des DDR-Spitzensports erklärt: „Ich weiß nicht, wo noch auf der Welt Höhentraining versucht wurde. Wahrscheinlich nicht nur in der DDR“ (siehe Kienbaum-Journal, November 2015, S. 5), und welche diesbezüglichen Forschungsprojekte wurden durch den Bund seit dem Jahr 2000 gefördert (bitte jeweilige Forschungsprojekte, Zeitraum, beteiligte Institutionen und bereitgestellte Bundesmittel nennen)?

17. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche weiteren Aktivitäten (etwa Treffen, Workshops, Veranstaltungen, Gründung von Arbeitsgruppen oder die Erarbeitung eines Aktionsplans) sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des EU-Internet-Forums mit Behörden der EU-Mitgliedstaaten, Internetanbietern, der Kommission, dem Auswärtigen Dienst, Europol, dem EU-Antiterrorismuskoordinator und dem Gegendiskurs-Projekt SSCAT für das erste Halbjahr 2016 geplant (bitte, soweit bereits bekannt, auch die Termine mitteilen), und welche Regierungen haben sich zustimmend zu der Frage positioniert, dass ein von den Beteiligten verhandeltes Memorandum zur zukünftigen Zusammenarbeit bzw. entsprechender Maßnahmen als Verschlusssache eingestuft und daher nicht als offizielles Ratsdokument an die nationalen Parlamente

verteilt werden muss, da nach Kenntnis des Fragestellers sowohl Regierungen mancher Mitgliedstaaten als auch Internetfirmen hierzu äußerste Verschwiegenheit einforderten (sofern die Bundesregierung auch die Information über das Abstimmungsverhalten des EU-Internet-Forums nicht öffentlich machen will, bitte die deutsche Positionierung zur Einstufung des Memorandums als Verschlusssache angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Position vertrat der Vertreter der Bundesregierung im Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) bei der Entscheidung über die Regeländerung, die es dem IWF jetzt ermöglicht, neue Kredite auch an Länder zu vergeben, die Zahlungsrückstände gegenüber staatlichen Gläubigern aufweisen (www.tagesschau.de/wirtschaft/ukraine-russland-kredit-101.html), und welche Folgen erwartet die Bundesregierung aufgrund dieser Entscheidung für die Rolle des IWF in der Diskussion um einen Schuldenschnitt für Griechenland?

19. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung die Möglichkeit von Share Deals zu unterbinden, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

20. Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu** (DIE LINKE.)

Welche neueren Details zu Datum und Ort der Entscheidung der „Überbrückungslösung“ einer mit Lenkwaffen oder -bomben bewaffnungsfähigen Drohne der MALE-Klasse für die Bundeswehr, deren Bekanntgabe laut einer Mitteilung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 6. Dezember 2015 ursprünglich auf Ende 2015

terminiert war, mittlerweile jedoch nur noch vage mit „zeitnah“ umrissen wird (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 50 auf Bundestagsdrucksache 18/7181 des Abgeordneten Andrej Hunko) kann die Bundesregierung nunmehr mitteilen (sofern die Bundesregierung Datum und Ort weiterhin nicht nennen möchte, bitte konkretisieren, was diesbezüglich unter „zeitnah“ verstanden werden soll), und welche Drohnen haben Eingang in die vom Bundesministerium der Verteidigung bereits erstellten, derzeit aber noch zu bewertenden „Lösungskonzepte“ gefunden (bitte die genauen Typen und Ausführungen angeben)?

21. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)

Welche Überlegungen und Maßnahmen verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf die künftige Personal- und Kostenplanung sowie die Rekrutierungsstrategie der Bundeswehr angesichts der steigenden Zahl von Auslandseinsätzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

22. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass in der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Deutschland-Takt-Studie der Bau der sog. „Wendlinger Kurve“ in zwei- statt nur in eingleisiger Weise empfohlen wird und die Bewertung dieser Maßnahme für den Bundesverkehrswegeplan noch nicht abgeschlossen wurde, der Bau der „Wendlinger Kurve“ in eingleisiger Ausführung aber noch im Dezember 2015 von der Deutschen Bahn AG (DB AG) vergeben wurde (vgl. Nürtinger Zeitung vom 23. Dezember 2015), und wie würde sich eine nachträgliche Planänderung auf zwei Gleise nach Einschätzung der Bundesregierung zeit- und kostenmäßig auswirken?

23. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung ihre Ablehnung einer Maut für Busse, während sie die Bemautung von LKW ab 7,5 t sowie von PKW befürwortet (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2. Januar 2016)?

24. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum lehnt die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission, „schon im Jahr 2016 erste Vorschläge (zu) präsentieren, die eine Grundlage für ein europäisches Mautsystem für Lkw und Pkw sein können, das die Erhebung von Straßennutzungsgebühren für alle jene EU-Länder einheitlich regelt, die sich für Mautsysteme entschieden haben“ (WELT Digital vom 6. Januar 2016, „Brüssel plant einheitliches europäisches Mautsystem“, www.welt.de/wirtschaft/article150656095/Bruessel-plant-einheitliches-europäisches-Mautsystem.html) ab („von Deutschland werde es dafür keinerlei Unterstützung geben“, WELT Digital vom 6. Januar 2015, www.welt.de/wirtschaft/article150686440/Verkehrsminister-attackiert-Mautplaene-der-EU.html), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für die von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt vorgeschlagene nationale PKW-Maut?

25. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann ist mit dem Abschluss der Untersuchungen durch die von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt eingesetzten Untersuchungskommission im Abgasskandal zu rechnen (bitte den genauen Zeitpunkt angeben, sollte ein solcher nicht feststehen, bitte ich um die Benennung eines genauen Zeithorizonts mit Datum, zu dem spätestens mit dem Abschluss der Untersuchungen zu rechnen ist), und welche Fristen und Termine wurden der Untersuchungskommission für die Vorlage von Untersuchungsergebnissen gesetzt?

26. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann wurden die Messungen zur Nachprüfung von Abgas- und Verbrauchswerten bei Dieselautos abgeschlossen, die Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt nach Bekanntwerden der Abgasmanipulation der Volkswagen AG angeordnet hat, und mit welchen Automobilherstellern wurden anschließend Gespräche über die Untersuchungsergebnisse geführt?

27. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bis wann plant die Bundesregierung die Rechtsverordnung zum Regionalisierungsgesetz zu erlassen, und welcher Verteilerschlüssel für die horizontale Verteilung der Regionalisierungsmittel soll dabei zur Anwendung kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

28. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung eine Sachverständige oder einen Sachverständigen für die geplante internationale Expertengruppe für die Bewertung der Rissbefunde im Kernkraftwerk Beznau entsenden (vgl. Bericht der Bundesregierung, Ausschussdrucksache 18(16)320), oder hat sie zumindest geplant, dies bei der Schweizer Atomaufsicht ENSI (Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat) anzumelden (wenn nein, bitte erläutern)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

29. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des Abschlusstermins der Umweltverträglichkeitsprüfung des U.S.-amerikanischen Departments of ENERGY im Zusammenhang mit einem eventuell geplanten Export des Jülicher Atommülls aus dem AVR-Reaktor in die USA?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

30. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern sind konkrete Verbesserungen in der Menschenrechtslage in Eritrea für die Bundesregierung eine Bedingung für die in der Antwort auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Uwe Kekeritz auf Bundestagsdrucksache 18/7211 erwähnte „eventuelle Kooperation“ mit dem Land in der Entwicklungspolitik?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

31. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft zu, dass das Bundeskanzleramt dem Bundesnachrichtendienst (BND) ausdrücklich gestattete (so DIE WELT vom 4. Januar 2016: http://gruenlink.de/12sw), dessen kritische Analyse über Saudi-Arabiens „impulsive Interventionspolitik“ sowie die Förderung des Islamismus (vgl. ZEIT ONLINE vom 7. Dezember 2015) gegen ausdrückliche Widerworte des Auswärtigen Amts (vgl. DIE WELT a. a. O.) per Pressemitteilung mit Sperrfrist 2. Dezember 2015 „unter 1“ zu veröffentlichen, also keineswegs Journalisten dies indiskretioniert hätten, wie aber BND-Vizepräsident Guido Müller im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags als „unwahr“ behauptete (so Tagesschau.de vom 16. Dezember 2015: http://gruenlink.de/12sv), und wie erklärt die Bundesregierung demgegenüber, dass danach zwar zunächst das Bundeskanzleramt diese Veröffentlichung unglücklich nannte und das Auswärtige Amt die angebliche gute Kooperation mit dem BND lobte (vgl. DIE WELT a. a. O.), ersteres aber kurz darauf den BND eine weitere vertrauliche Analyse zulasten Saudi-Arabiens medial lancieren ließ, dessen jahrzehntelange Missionierung nämlich Deutschland heute so breiten Salafismus beschert habe (SZ-Online vom 6. Januar 2016: http://gruenlink.de/l2sx)?

32. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft zu, dass vor Juni 2013 der BND eine „nur für deutsche Augen bestimmte“ Liste eigener Abhörziele versehentlich der NSA zeigte, auf der Rufnummern führender Regierungsbeamter des Weißen Hauses standen (so Washington Post vom 29./30. Dezember 2015: http://gruenlink.de/12su), die u. U. mit den angeblich 2008 vom BND versehentlich offenbarten 300 Telefonnummern von US-Bürgern übereinstimmen (vgl. Washington Post vom 30. Oktober 2013: http://gruenlink.de/12t8), und welche Angaben macht die Bundesregierung über Zahl und Identität der Betroffenen, Dauer der Überwachung sowie Gründe und Verantwortliche dieser Offenbarung?

33. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern wird die Bundesregierung bei der Reform der Ende Februar 2016 auslaufenden Richtlinie des Deutschen Filmförderfonds sicherstellen, dass Dokumentarfilme sowie kleinere Spielfilmproduktionen mit Herstellungskosten zwischen 1 und 2 Mio. Euro bei dem automatischen Fördermechanismus nicht schlechtergestellt werden als größere Produktionen, und falls sie dies nicht vorhat, empfiehlt die Bundesregierung Produzenten dieser niedrig budgetierten Produktionen, ihre Anträge für das Jahr 2016 noch alle vor Ablauf der aktuellen Richtlinie zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

34. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung die von ihr in Aussicht gestellte Analyse bezüglich Überlegungen der netzpolitischen Kompetenzbündelung innerhalb der Bundesregierung und der Gründung einer neuen „Digitalagentur“ vorlegen, und inwieweit werden die entsprechenden Empfehlungen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ (siehe unter anderem den Siebten Zwischenbericht und die Handlungsempfehlungen der Projektgruppe „Demokratie und Staat“ auf Bundestagsdrucksache 17/12290) hierbei berücksichtigt?

35. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung angesichts des Rekordes beim Stromexport im vergangenen Jahr (vgl. beispielsweise AFP-Meldung „Studie: Anteil von Ökostrom klettert 2015 auf Rekordhoch – Deutschland exportiert so viel Strom wie nie zuvor“ vom 7. Januar 2016) zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um insbesondere die Stromerzeugung aus alten Braunkohlekraftwerken zu drosseln und so den Ersatz von besonders klimabelastendem Braunkohlestrom durch Strom aus erneuerbaren Energien schneller voranzutreiben, und wenn nein, warum nicht?

36. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)

Wie viele deutsche Unternehmen mussten nach Kenntnis der Bundesregierung als Folge der von Deutschland unterstützten EU-Sanktionen gegen Russland bislang Insolvenz anmelden oder befinden sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und welche Wirtschaftsbranchen sind hiervon am stärksten betroffen?

37. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann hat die Bundesregierung, wie von Staatssekretär Matthias Machnig am 7. Oktober 2015 auf die Schriftliche Frage 6 des Abgeordneten Klaus Ernst (Bundestagsdrucksache 18/6301) angekündigt, eine Stellungnahme gegenüber dem Europäischen Gerichtshof bezüglich der Frage, ob das geplante Abkommen zwischen der Europäischen Union und Singapur ein gemischtes Abkommen ist oder nicht eingereicht, und welche Positionen bzw. Rechtsauffassung hat die Bundesregierung in dieser Stellungnahme vertreten?

38. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für wie verbraucherfreundlich hält die Bundesregierung die geplante Änderung der Energieverbrauchskennzeichnung für Haushaltsgeräte von heute A +++ bis D auf künftig B bis G, und wieso hat sie sich bei den Beratungen der europäischen Energieminister über die künftige Kennzeichnung nicht für die Einführung einer dynamischen Kennzeichnung eingesetzt (Top-Runner-Ansatz) (vgl. Stiftung Warentest, 1/2016, S. 66)?

39. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Pipeline-Planungen bzw. -Bauten in Kanada von den Abbaustätten der Teersande zu den Seehäfen im Osten des Landes im Gange mit dem Ziel, Teersandöl nach Europa zu exportieren, und wenn ja, mit welchen Schadensersatzforderungen rechnet die Bundesregierung gegen die EU oder Nationalstaaten für den Fall, dass nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens CETA Verschärfungen der Kraftstoffqualitätsrichtlinie beschlossen werden, die den Export von Teersandöl in die Europäische Union aus Klimaschutzgründen de facto verhindern (vor dem Hintergrund der angekündigten 15 Mrd.-Dollar Forderung eines kanadischen Unternehmens gegen die USA aufgrund der Absage des Baus der Keystone-Pipeline, www.focus.de)?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333